

# Nachhaltigkeit und Politische Theorie

Kommentar „Zur Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie“ von  
Andreas Busen

*Tine Stein*\*

Das 10jährige Bestehen der Zeitschrift für Politische Theorie ist in sich selbst ein wichtiges Element, um die Politische Theorie und Ideengeschichte als politikwissenschaftliche Teildisziplin nachhaltig in der Disziplin zu verankern. Zu Zeiten der Gründung der ZPTh gab es durchaus einige bedenkliche Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Ausschreibung von Professuren, deren Denominationen erkennen ließen, dass es keinen weit hin geteilten Konsens mehr über die Existenzberechtigung dieses Teilgebiets im Fach gab. Dies hat sich zum Glück als Trend nicht verdichtet. Damit das Teilgebiet sich auch in Zukunft behaupten kann und seine Notwendigkeit in der Disziplin wie auch gesellschaftlich einleuchtet, bleiben wir aufgerufen, unser Feld – ganz im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung – gut zu pflegen und das heißt auch weiterzuentwickeln. Neben der Pflege des archivalischen Bestandes ist hierfür immer auch der Blick ins Laboratorium der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen notwendig, und beides muss sich in den Curricula der Bachelor- und Masterstudiengänge widerspiegeln. Welche Texte und AutorInnen zum Kanon der Politischen Theorie und Ideengeschichte gehören, wie dieser Kanon immer wieder zu überarbeiten ist, auf der Basis der Kriterien von Innovation, Kohärenz und Originalität und nicht zuletzt auch des Kennen-Müssens, um die Traditionslinien zu verstehen; welche systematisch-problemorientierten Fragestellungen wir den Studierenden nahebringen; und vor allem mit welchen Methoden wir arbeiten: also wie wir Texte lesen, Diskurse (gegenwärtige wie vergangene) analysieren, Begriffe definieren, wie wir dabei die Forschung aus den anderen Teilgebieten und auch anderen Fächern rezipieren – diese Aspekte und noch weitere sollten uns in einem Meta-Diskurs der Selbstreflexion unserer Teildisziplin stets begleiten. Die ZPTh hat seit ihrem Bestehen Wesentliches zu diesem Diskurs beigetragen und damit auch dazu, dass die Politische Theorie und Ideengeschichte gut – eben nachhaltig – in der Politikwissenschaft und in der interessierten Öffentlichkeit verankert ist.

In diesem Sinne lässt sich „Nachhaltigkeit und Politische Theorie“ also als eine bestimmte reflexive Qualität, mithin als eine wissenschaftsimmanente Anforderung verstehen, wie sich die Teildisziplin verortet. Im Unterschied zu dieser Wie-Frage kann mit

---

\* Tine Stein, Georg-August-Universität Göttingen  
Kontakt: [tine.stein@uni-goettingen.de](mailto:tine.stein@uni-goettingen.de)

„Nachhaltigkeit und Politische Theorie“ aber auch nach dem Was gefragt werden: Nachhaltigkeit wird dann zum Gegenstand der Politischen Theorie und ist zunächst so zu verstehen, wie der Begriff in der öffentlichen Debatte verwendet wird: als eine normative Orientierung, die – sehr kurz gesagt – ein zukunftsensibles Verhalten und ebensolche Entscheidungen einfordert. Diese Unterscheidung trifft auch Andreas Busen in seinem differenzierten Text und widmet sich dann insbesondere der Frage einer Verbindung beider Perspektiven, also wie eine nachhaltige politische Theorie gelingen kann, die eine nachhaltige Politik reflektiert.<sup>1</sup>

Hier sollen im Folgenden einige Aspekte über die Dimension von Nachhaltigkeit als Gegenstand für die Politische Theorie eingebracht werden, um damit die komplexe Meta-Perspektive von Andreas Busen etwas zu ‚erden‘. Denn um die Erde und ihre planetarischen Grenzen geht es: Wie kann jene ökologische Nische erhalten werden, die ein gedeihliches Leben ermöglicht? Klimakrise, Artensterben, Vergiftung der Elemente, Vermüllung – seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts werden diese Phänomene wissenschaftlich erfasst und ihre existentielle Bedeutung wird mehr und mehr ersichtlich und konkret spürbar. Nachhaltigkeit kann dann als normative Antwort auf die ökologische Krise verstanden werden, es ist *der* normative Leitbegriff der „Ära der Ökologie“, wie Joachim Radkau (2011) es in seiner Geschichte der Umwelt für das 21. Jahrhundert prophezeit hat. Normative Leitbegriffe, die politischen Akteuren eine ideelle Orientierung vermitteln, sind für die Strömungen politischen Denkens grundlegend: Etwa der Begriff der Gerechtigkeit, der ja nicht nur ein Kardinalbegriff der Philosophie ist, sondern eben auch und vor allem ein politischer Begriff, der soziale Bewegungen geformt, politische Akteure motiviert und viele intellektuelle Anstrengungen zum angemessenen Verständnis sozialen Ausgleichs veranlasst hat; genauso wie Freiheit einen begrifflichen Kulminationspunkt für die liberale Tradition darstellt oder auch Ordnung und Sicherheit als Leitbegriffe des konservativen Denkens firmieren. Und so umstritten diese Leitbegriffe in den jeweiligen Traditionen des politischen Denkens auch sind, so ist doch jeweils ein Kern – und sei er über die strömungsspezifischen Kontroversen vermittelt – erkennbar.

Mit Blick auf die Idee der Nachhaltigkeit lassen sich spezifische Kontroversen des politischen Denkens identifizieren, beispielsweise ob Nachhaltigkeit in einer starken oder schwachen Form handlungs- und entscheidungsleitend sein soll oder inwieweit die ökologischen Anforderungen mit den sozialen und ökonomischen Interessen zu vermitteln sind. Andreas Busen hat hier auf den diesbezüglich einschlägigen Bericht der Brundtland-Kommission von 1987 hingewiesen und das sich in der Nachfolge entwickelnde „Drei-Säulen-Modell“. Aber der Mittelpunkt des Begriffs wird doch durch die ihm inhärente ökologische Problemanzeige einer tiefgreifenden Krise der gesellschaftlichen Naturbeziehungen gebildet, die durch kurzfristige Nutzenorientierung ohne jede Form von Folgen sensibilität gekennzeichnet sind. Die heute überwiegend praktizierte Form der Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen steht nicht im Einklang mit den natürlichen Tragekapazitäten, den ‚planetary boundaries‘. Diese Grenzen sind nicht ausschließlich als objektiv-naturwissenschaftliche zu verstehen, sondern sind selbstverständlich auch normativ und kulturell imprägniert, insofern es in ‚der‘ Natur als Grundlage menschlichen Lebens Spielraum für unterschiedliche Gestaltungen des gesellschaftlichen Natur-

1 „Politische Theorie ist nachhaltig, wo sie Politik beziehungsweise das Politische in ihrer Interdependenz mit anderen Sphären des sozialen Lebens, und dabei insbesondere hinsichtlich der temporalen Dimension dieser Interdependenz, reflektiert“.

verhältnisses gibt, wovon die Anpassungen rund um den Erdball Zeugnis ablegen. Aber in einem grundlegenden Sinne können die ‚planetary boundaries‘ doch als absolute Grenzen qualifiziert werden, nämlich als solche innerhalb derer ein ökologischer Zustand bewahrt werden kann, der in klimatischer Hinsicht, mit Blick auf die Vielfalt der Arten, die Reinheit von Wasser, Luft und Böden und die Stabilität des Klimas ein gedeihliches Leben ermöglicht – und jenseits dieser Grenzen eben nicht. Insofern zeigt die ökologische Krisendiagnostik einer Überdehnung dieser Grenzen als natürliche Tragkapazität eine existentielle Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen menschlicher Gesellschaft an und zwar nicht erst für zukünftige Generationen, wie die gegenwärtigen klimatischen Veränderungen (aber nicht nur diese) zeigen. Nachhaltigkeit als normativer Begriff, der ideelle Orientierung und Anleitung für Entscheidungen und Handeln vermittelt, sagt dann aus, dass diejenige ökologische Nische zu erhalten ist, die es erdgeschichtlich der Menschheit ermöglicht, nicht nur zu überleben, sondern die auch ein Wohlleben erlaubt. Vor rund vierzig Jahren hat dies Hans Jonas auf die folgende ethische Formel gebracht: „Handle so, dass die Wirkung deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ (Jonas 1984: 36). Und was Jonas mit seinem Prinzip Verantwortung moralphilosophisch als ethischen Imperativ verstanden hat, ist in der politischen Dimension mit dem Begriff der Nachhaltigkeit erfasst und lässt sich als eine Aufgabenbeschreibung für eine politische, also kollektive Anstrengung verstehen.

Nun muss man nicht von den endzeitlichen Motiven der ökologischen Bewegung der achtziger Jahre geprägt sein oder auch nur einen Bruchteil der Bibliotheken füllenden umweltwissenschaftlichen Studien gelesen haben, um zu erkennen, dass Qualität und Geschwindigkeit der bisherigen Umsteuerungsversuche in keinem Verhältnis zu dem stehen, was sachlich geboten ist. Was steht der ökologischen Transformation entgegen? Wieso wird eine tief in Grundrechtssphären eingreifende Politik der Risikoversorge im Zeichen einer Pandemie in Demokratien weitgehend akzeptiert, gleichzeitig aber eine die Klimakrise effektiv abwendende Politik nicht zu einer selbstverständlichen Hauptaufgabe demokratisch gewählter Regierungen? Die Politische Theorie als politikwissenschaftliche Teildisziplin sollte zur Beantwortung dieser und zahlloser weiterer thematisch einschlägiger Fragen das tun, was sie disziplinar (hoffentlich) besser kann als andere Disziplinen, um die gebotene ökologische Transformation wissenschaftlich zu begleiten. Sie sollte also nicht den Begriff der Nachhaltigkeit gerechtigkeitstheoretisch neu erfinden wollen, was in der praktischen Philosophie bereits ausführlich unternommen wurde.<sup>2</sup> Vielmehr sollte bei einer politiktheoretischen Untersuchung immer die Bedeutung von und für Politik im Vordergrund stehen – Politik verstanden als die Fähigkeit einer Gesellschaft, auf sich selbst mit Hilfe von allgemeinverbindlichen Regeln steuernd einzuwirken. Dann wird der Blick auf die politischen Institutionen im engeren Sinne gelenkt und das heißt für demokratische Staaten, danach zu fragen, inwiefern konstitutionelle Demokratien besonders gut oder besonders schlecht in der Lage sind, auf diese Herausforderung zu reagieren. Zu dieser Frage gibt es eine jahrzehntelange Debatte, angefangen von der Rezeption der Ökonomischen Theorie der Politik mit ihrer Annahme einer Gegenwartspräferenz in der Nutzenfunktion, die als Erklärungshypothese über unzureichende Umsteuerung diskutiert werden kann, über die Frage nach der politischen Konfliktfähigkeit ökologisch motivierter Interessen, die heute angesichts des Druck-

---

2 Andreas Busen hat hier zurecht vor allem auf die Arbeiten Konrad Otts verwiesen, der Nachhaltigkeit als intergenerationelle und transnationale Gerechtigkeitstheorie begründet und diskursethisch abgesichert hat; vgl. Ott / Döring 2008.

potentials der Fridays-for-Future-Bewegung nicht mehr allein mit der Kategorie der ökonomischen Systemrelevanz beantwortet werden kann, bis hin zur der Frage nach der Aktualisierung der Selbstbindung von Verfassungen als Instrument der Vorsorge und Krisenbewältigung oder – als dark side der Verfassung – als Einräumung der Möglichkeit eines ökologisch motivierten Notstandsregimes beziehungsweise Ausnahmezustandes. Auch in politisch-soziologischer Hinsicht ergeben sich drängende politiktheoretische Fragen: Was bedeuten die derzeitigen Bewegungen für die Chancen einer ökologischen Transformation – Gefahr für die Demokratie durch Apokalyptik von den selbsternannten Öko-Rittern wie man es für Aktivisten wie Roger Hallam als einem illiberalen Vertreter von Extinction Rebellion diskutieren kann und/oder zugleich Belebung der Demokratie durch die erstaunliche Mischung von Apokalyptik und an Naturwissenschaft orientierter Sachlichkeit wie man es bei Greta Thunberg und den zivilen Protesten der Fridays-for-Future-Bewegung beobachten kann? Und wie lässt sich in polit-ökonomischer Hinsicht, einst eine der kardinalen Perspektive der Politischen Theorie, bevor vornehmlich Identitäts- und Anerkennungsfragen ein Großteil der intellektuellen Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, der Hauptwiderspruch zwischen Produktion und Konsumtion einerseits und ökologischen Erfordernissen andererseits auf den Begriff bringen: Ist es das Wachstum? Denn wie man es mit dem Wachstum hält: ob Degrowth, Postwachstum oder Grünes Wachstum die Richtung für die ökologische Transformation in ein klimaneutrales, keine Arten vernichtendes Zeitalter angeben sollte, scheint jedenfalls zu einer Gretchenfrage im Spektrum ökologisch politisch Denkender geworden zu sein.

In methodischer Hinsicht ist es dabei vielversprechend, das ökologische politische Denken und seinen normativen Leitbegriff der Nachhaltigkeit mit Hilfe von Michael Freedens (1996) morphologischem Ansatz zu untersuchen: Handelt es sich um eine „thin ideology“ mit begrenzter Reichweite, das heißt mit schlankem Kern und offen für vielfache Adaptationen mit anderen Ideologien? Oder ist es vielleicht gerade umgekehrt so, dass sich hier eine Meta-Ideologie entwickelt, eine Art ‚ökologisches Grundrauschen‘, welches die gewissermaßen altmodernen Ideenströmungen zum Streit bzw. Wettbewerb animiert, mit welchen Konzepten, mit welcher Geschwindigkeit, mit welchem Verhältnis von staatlicher Regulierung, marktwirtschaftlichen Instrumenten und bürgergesellschaftlicher Selbstorganisation die Nachhaltigkeit vorangetrieben werden soll? Wie ist das ökologische politische Denken also im Verhältnis zu den anderen Strömungen politischen Denkens zu sehen? Wenn Joachim Radkau mit seiner These der Ära der Ökologie Recht hätte: gäbe es dann im 21. Jahrhundert nur noch ÖkologInnen – etwa liberale, soziale, konservative ÖkologInnen? Bei der politischen Bearbeitung dieser zentralen Aufgabe für das neue Millennium können schließlich durchaus alle normativen Orientierungen der demokratischen Moderne etwas Besonderes einbringen. So werden die konservativen Werte der (Selbst)Begrenzung und Ordnung im Sinne einer Suffizienz gebraucht und zugleich die liberalen Werte der Freiheit und Kreativität für eine technologische Effizienzrevolution sowie die dringend benötigte Entwicklung klimaneutraler Produktionsweisen. Die dabei anfallenden Transaktionskosten und auch die bereits jetzt eintretenden unvermeidbaren Schäden in Folge des Klimawandels müssen sozial gerecht verteilt werden, was insbesondere im globalen Maßstab gilt – Gleichheit und Gerechtigkeit werden also ebenfalls zentrale Grundwerte bleiben.

Dass es in diesem Sinne im 21. Jahrhundert nur noch ÖkologInnen gibt, gleichviel mit welcher weiteren Akzentsetzung, ist freilich im Jahre 2020 angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse noch ziemlich unvorstellbar. Die Ver(w)irrungen der Kohlen-Industrie, der Fleisch-Industrie, aller ‚alten‘ Industrien und ihre interessengeleitete

Infragestellung der Klimaforschung und nicht zu vergessen die politische Ausbeutung der ‚Klimaskepsis‘ durch die rechtspopulistischen Bewegungen, die damit ihren AnhängerInnen Identität vermitteln und ein ‚Weiter so‘-Versprechen, sind ja noch nicht Geschichte eines zurückliegenden dunklen Zeitalters. Die Profiteure dieser alten Industrien halten unter Einsatz auch illegitimster Mittel daran fest (vgl. Maddow 2019). Es gibt also genügend theoretisch komplexen, methodisch herausfordernden und vor allem politisch relevanten Stoff für die Politische Theorie, wenn Nachhaltigkeit, wie hier vorgeschlagen wird, in einem engeren Sinne als ökologische Nachhaltigkeit verstanden wird.

## Literatur

- Freeden, Michael, 1996: *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford.
- Jonas, Hans, 1984: *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt (Main).
- Ott, Konrad / Döring, Ralf, 2008: *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, Marburg.
- Maddow, Rachel, 2019: *Blowout: Corrupted Democracy, Rogue State Russia, and the Richest, Most Destructive Industry on Earth*, New York.
- Radkau, Joachim, 2011: *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München.